Kurzfassung Datenschutzerklärung

Die nachfolgende Zusammenfassung der Datenschutzerklärung enthält Informationen im Sinne der Art. 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) darüber, welche personenbezogenen Daten die Landesvolksanwältin verarbeitet.

1. Zweck und Rechtsgrundlage der Datenverarbeitungen

Die Landesvolksanwältin verarbeitet zur Erfüllung der ihr in Art. 59 Abs. 2 der Tiroler Landesordnung 1989 und § 2 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt übertragenen Aufgaben und der Aufgaben des Behindertenanwaltes bei der Landesvolksanwältin personenbezogene Daten.

Die geltende Fassung des Art. 59 Abs. 2 Tiroler Landesordnung 1989 finden Sie hier: [Art. 59 Tiroler Landesordnung 1989](#)

Die geltende Fassung des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt finden Sie hier: [Gesetz vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt](#)

Die Verarbeitungen von personenbezogenen Daten sind zur Durchführung der Beratungstätigkeit und Beschwerdeprüfung d.h. zur Erfüllung rechtlicher Verpflichtungen bzw. zur Wahrnehmung gesetzlicher Aufgaben im (erheblichen) öffentlichen Interesse erforderlich im Sinne des Art. 6 Abs. 1 lit. c und e, Art. 9 Abs. 2 lit. g sowie Art. 10 DSGVO.

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung (auch besonderer Kategorien) von personenbezogenen Daten ist neben den oben genannten landesgesetzlichen Rechtsgrundlagen insbesondere § 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt. Dabei handelt es sich um eine generelle Anordnung, dass die Landesvolksanwältin im Rahmen ihrer Tätigkeit und der Aufgaben des Behindertenanwaltes die hierfür erforderlichen personenbezogenen Daten verarbeiten darf.

2. Übersicht der verarbeiteten personenbezogenen Daten

Folgende Daten werden auf Grundlage von § 11 Abs. 2 des Gesetzes vom 15. Mai 2012 über den Tiroler Landesvolksanwalt verarbeitet:

- a. von Personen, die eine Beratung durch die Landesvolksanwältin in Anspruch nehmen sowie von Beschwerdeführer*innen und ihren Vertreter*innen: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten, Daten über das Vertretungsverhältnis, gegebenenfalls Daten zur Ausbildung, Daten zum Beruf, Sozialversicherungsnummer, Daten über den Gesundheitszustand sowie gegebenenfalls weitere besondere Kategorien personenbezogener Daten nach Art. 9 Abs. 1 der DSGVO, Daten über die Staatsbürgerschaft, die ZMR-Zahl, das Geburtsland, den Geburtsort, den Familienstand, den Geburtsnamen, Religionsbekenntnis, Daten über Bankverbindungen, Einkommens- und Vermögensverhältnisse,
- b. von den Ansprechpersonen bei den zuständigen Stellen des Landes und der Gemeinden bzw. von sonstigen Einrichtungen, die Verwaltungsaufgaben im Sinn des § 2 Abs. 1 besorgen: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten,
- c. von Sachverständigen und Systempartnern: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten, Daten zur Ausbildung,
- d. von Mitarbeiter*innen von Systempartnern im Rahmen der allgemeinen und individuellen Interessensvertretung: Identifikationsdaten, Erreichbarkeitsdaten.

3. Datenbereitstellung

Wenn keine Bereitschaft zur Bekanntgabe von Daten besteht, hängt es vom jeweiligen Anliegen ab, ob und inwieweit eine Bearbeitung auch ohne Datenverarbeitung möglich ist.

4. Datenweiterleitung

Die Daten werden – soweit dies zur Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist – an

- a. die von einer Beschwerde bzw. einer Empfehlung betroffene Stelle,
- b. zuständige gleichartige Einrichtungen des Bundes oder eines anderen Landes,
- c. Schieds- und Schlichtungsstellen, andere Beratungs- und Ombudsstellen sowie karitative Einrichtungen,
- d. zuständige Behörden,
- e. die Landesregierung

übermittelt. Die rechtliche Grundlage hierfür bildet § 11 Abs. 3 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt.

5. Aufbewahrungsdauer

Personenbezogene Daten werden gelöscht, sobald diese für die Erfüllung der der Landesvolksanwältin obliegenden Aufgaben nicht mehr benötigt werden.

6. Allgemeine Kontaktanfragen, persönliche Vorsprachen und Anmeldung zu Sprechtagen

Bei einer persönlichen, telefonischen, postalischen oder Kontaktaufnahme per E-Mail und/oder Vorsprache bei einem Sprechtag werden die dabei angegebenen Daten (z.B. Akademischer Grad, Vor- und Zuname, E-Mail-Adresse, Wohnadresse, Telefonnummer, Beschwerdeinhalt und sonstige angegebene bzw. vorgelegte Informationen) zur Behandlung des Anliegens gespeichert. Falls keine weitere Bearbeitung erfolgt, bleiben die Daten im elektronischen Akt gespeichert und werden nicht an Dritte weitergegeben. Bei einer weiterführenden Bearbeitung gelten die obigen Punkte 1 bis 5.

7. YouTube

Auf der Website der Landesvolksanwältin sind Videos von YouTube eingebettet. Um die Videos abspielen zu können, werden der Player und das Video von YouTube geladen. YouTube ist ein Videoportal, das von Google LLC (1600 Amphitheatre Parkway, Mountain View, CA 94043, USA) betrieben wird. Beim Abruf eines Videos werden Daten an YouTube und Google übertragen, darunter fallen IP-Adresse, Typ des Endgeräts, Bildschirmauflösung, Browser und Betriebssystem. Detaillierte Informationen zur Erhebung und Speicherung der Daten von YouTube sind in der [Datenschutzerklärung von Google](#) zu finden.

Für die Verwendung von YouTube sind Cookies erforderlich, deren Einwilligung Sie erst über die Cookie-Einstellungen geben müssen. Ohne Ihre Einwilligung werden keine Daten an YouTube übertragen.

8. Externe Verlinkungen

Auf der Website der Landesvolksanwältin befinden sich diverse externe Links zu anderen Webseiten. Auch wenn externe Links sorgfältig geprüft werden, wird darauf hingewiesen, dass die Landesvolksanwältin nicht für den Inhalt und die Sicherheit externer, verlinkter Webseiten haftet bzw. dafür verantwortlich ist.

9. Betroffenenrechte

Für die Rechte von Betroffenen (Recht auf Auskunft, Berichtigung bzw. Vervollständigung, Löschung, Einschränkung der Verarbeitung, Widerspruchsrecht) in Verfahren bei der Landesvolksanwältin gelten Sonderregelungen. Diesbezüglich unterliegen diese Rechte gewissen Beschränkungen, die in § 11 Abs. 4 bis 6 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt näher ausgestaltet sind.

10. Beschwerderecht

Es besteht ein Beschwerderecht beim Parlamentarischen Datenschutzkomitee nach § 35f Abs. 1 DSG, wenn vermutet wird, dass die Verarbeitung der personenbezogenen Daten gegen das Datenschutzrecht verstößt oder Sie der Ansicht sind, dass Ihre datenschutzrechtlichen Ansprüche sonst in einer Weise verletzt worden sind.

Kontakt:

Anschrift: Parlamentarisches Datenschutzkomitee

Löwelstraße 14

1010 Wien

E-Mail: postfach@pdk.gv.at

Webseite: www.pdk.gv.at

11. Kontakt

In den erwähnten Angelegenheiten sowie für allfällige weitere Fragen steht folgende E-Mail-Adresse zur Verfügung: buero.lva@tirol.gv.at. Wenn Datenschutzrechte geltend gemacht werden, ist ein geeigneter Identitätsnachweis beizulegen.

Die Landesvolksanwältin ist im Rahmen der Erfüllung der ihr nach dem Gesetz vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt zukommenden Aufgaben und Verpflichtungen **Verantwortliche** nach Art. 4 Z 7 der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG (Datenschutz-Grundverordnung), ABl. 2016 Nr. L 119, S. 1, in Fällen des § 2 Abs. 1 lit. b Z 3 des Tiroler Datenverarbeitungsgesetzes, LGBl. Nr. 143/2018, jeweils gemeinsam mit dem Amt der Tiroler Landesregierung. Das Amt der Tiroler Landesregierung stellt die Mittel (Anwendung) für die Datenverarbeitung bereit.

Zu erreichen ist die Landesvolksanwältin als datenschutzrechtliche Verantwortliche nach § 11 Abs. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 2014 über den Tiroler Landesvolksanwalt über folgende Kontaktdaten:

Anschrift: Büro Landesvolksanwältin

Meraner Straße 5/2

6020 Innsbruck

Telefon: +43 (0)512 508 3052

0800 100 301 (kostenfrei)

E-Mail: buero.lva@tirol.gv.at

Der **Datenschutzbeauftragte** des Tiroler Landtages ist auch Datenschutzbeauftragter der Landesvolksanwältin. Seine Kontaktdaten sind:

Mag. Gregor Netolitzky

Anschrift: Wilhelm-Greil-Straße 17

6020 Innsbruck

Telefon: +43 (0)512 508 1871

E-Mail: datenschutzbeauftragter@tirol.gv.at

Bei Fragen zur oder Beschwerden betreffend die Verarbeitung personenbezogener Daten bzw. zur Geltendmachung Ihrer Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung können Sie sich jederzeit an unseren Datenschutzbeauftragten wenden.

12. Vollständige Datenschutzerklärung

Diese Zusammenfassung beinhaltet die wichtigsten Informationen zur Datenverarbeitung. Die vollständigen Informationen zur Datenverarbeitung lassen wir Ihnen auf Anfrage gerne zukommen.